

Flüchtlingsrat Bremen – Bericht 2021

Der Flüchtlingsrat Bremen war im zurückliegenden Jahr 2021 in der Bremer Öffentlichkeit mit rassismuskritischen und migrationspolitisch relevanten Positionen deutlich sicht- und hörbar. Wir haben, teilweise gemeinsam mit den Betroffenen, den öffentlichen Druck erhöht und so zu positiven – wenn auch strukturell noch immer nicht ausreichenden – Veränderungen beitragen können.

Unsere Arbeitsschwerpunkte umfassten in 2021:

- ✓ kontinuierliche rechtliche Beratungsangebote für Menschen, die von der diskriminierenden Gesetzgebung (AufenthG, AsylbLG, AsylG) betroffen sind
- ✓ Interventionen z.B. bei Sozialbehörden, Migrationsamt, Standesamt, Jobcenter in Einzelfällen sowie bei strukturellen Missständen, die diese Behörden verursacht haben
- ✓ Empowerment von Betroffenen von rassistischer Diskriminierung
- ✓ rassismuskritische politische Intervention und Öffentlichkeitsarbeit.

Politische und fachliche Interventionen | Kampagnen:

„Hand- und Fußfesseln sind keine Jugendhilfe!“ Die vom Flüchtlingsrat bereits Anfang 2020 angestoßene Kampagne hat nach knapp zwei Jahren Früchte getragen: Das Bremer Sozialressort hat auf den beharrlichen öffentlichen Druck hin Ende 2021 seine Verwaltungsanweisung geändert – die „Anwendung unmittelbaren Zwangs“ gegen unbegleitete Minderjährige wird nun nicht mehr angeordnet. Zukünftig lässt das Jugendamt also die ihnen schutzbefohlenen Jugendlichen nicht mehr in Fesseln legen, um ihren Widerstand gegen die Umverteilung in ein anderes Bundesland zu brechen. Alle Dokumente, Veröffentlichungen, Medienberichte und Pressemitteilungen zur Kampagne siehe unter: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/2020/02/hand-und-fussfesseln-sind-keine-jugendhilfe/>

Landesaufnahmeprogramm Afghanistan: Wenige Tage nach der Machtübernahme der Taliban haben wir als Flüchtlingsrat ein Landesaufnahmeprogramm für Familienangehörige von Bremer Afghan*innen und andere bedrohte Personen wie Feminist*innen, Journalist*innen, LGBTIQ-Personen gefordert und eine entsprechende Petition gestartet. Die grüne Sozialsenatorin und der SPD-Innensenator lehnten in den folgenden Wochen ein Landesaufnahmeprogramm in der Öffentlichkeit mehrfach vehement ab. Mitte Oktober übergaben wir die 4.300 gesammelten Unterschriften auf einer Kundgebung zusammen mit Vertreter*innen der afghanischen Community an den Senatspräsidenten Bovenschulte, der in diesem Rahmen verkündete, dass Bremen ein Landesaufnahmeprogramm vorlegen wird. Dieses liegt nun seit Mitte Dezember der Bundesinnenministerin zur Zustimmung vor.

Anfang November 2021 haben wir in Kooperation mit dem Bremer und Bremerhavener Integrationsnetz (bin) sowie der ver.di Jugend Bremen die **Informationsveranstaltung „Bremer Afghan*innen – wie weiter?“** organisiert, an der über 100 Personen – überwiegend direkt Betroffene – teilnahmen.



Kein Erlöschen von AE § 25,3 bei Asylfolgeantragstellung von afghanischen Staatsangehörigen: Der Flüchtlingsrat hat gegenüber der Bremer Innenbehörde fachlich interveniert, um einem (automatischen) „Erlöschen“ entgegenzuwirken. Unsere Argumente werden in der Innenbehörde derzeit erörtert, eine schriftliche Zusage liegt uns derzeit noch nicht vor.

Verfassungswidrige Herabsetzung der Regelleistungen für Geflüchtete in Sammelunterkünften: Mit unserer Kampagne „PAY: Zurück zum Existenzminimum – It's your right“ informieren wir Bewohner*innen von Sammelunterkünften, die von den menschenrechtswidrigen Leistungskürzungen betroffen sind, über die Unzulässigkeit der AsylbLG-Kürzungen unterhalb des Existenzminimums und stärken sie in ihren Rechten. Auf unserer Website informieren wir in englisch, farsi und deutsch über dieses Angebot und stellen die hilfreiche Unterlagen für die Betroffenen in diesen Sprachen zum Download bereit: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/pay-deutsch/>

Impfung von papierlosen, nicht versicherten Personen: Gemeinsam mit anderen Beteiligten haben wir uns 2021 für die Realisierung der Impfung von Papierlosen in Bremen eingesetzt und diese in den Communities der Betroffenen bekannt gemacht und begleitet. <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/impfung-fuer-papierlose/>

Wohnberechtigungsschein: Auf unsere beharrliche Intervention hin hat das grüne Bremer Bauressort nun seine seit Jahren falsche Interpretation des Wohnungsbauförderungsgesetzes nachgebessert. Geflüchtete werden aber durch die Bremer Verwaltung noch immer stärker diskriminiert als es das Bundesgesetz vorschreibt. Unsere konkreten Verbesserungsvorschläge werden derzeit erörtert.

Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln ohne Grundlage gegen binationale Eltern: In Bremen werden strafrechtliche Ermittlungsverfahren wegen vermeintlicher sogenannter „missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen“ geführt, obwohl das Bundesverfassungsgericht und das Landgericht Bremen eindeutig entschieden haben, dass das vorgeworfene Verhalten nicht strafbar ist. Eine beurkundete Vaterschaftsanerkennung ist mit allen Rechten und Pflichten wirksam – eine „bloße Scheinvaterschaft“ gibt es gar nicht und ist eine Erfindung der Behörden. Dennoch werden Betroffene mit Strafverfahren überzogen und so kriminalisiert. Dieses rechtswidrige Vorgehen haben wir öffentlich gemacht und werden dies auch in 2022 weiter kritisch begleiten. <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/ermittlungsverfahrenwegen-wahrheitsgema%cc%88ser-angaben-polizei-und-staatsanwaltschaft-ermitteln-ohne-grundlage-gegen-binationale-eltern/>

Diskriminierende Verteilungspraxen sind in unseren Einzelfallberatungen ein permanentes Thema, da nahezu alle Klient*innen davon betroffen sind, gegen ihren Willen und ohne Würdigung ihres Lebensmittelpunkts in Bremen an beliebige Orte innerhalb des Bundesgebiets verbracht zu werden. 2021 ging Bremen zur Durchsetzung einer Verteilung so weit, einer stillenden Mutter gegen geltendes Recht die Trennung vom eigenen Kind anzudrohen. Dies haben wir öffentlich gemacht – und werden das menschenverachtende Verteilungsregime auch zukünftig rechtlich bekämpfen und öffentlich sichtbar machen. <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/bremen-ordnet-trennung-stillender-mutter-von-ihrem-kind-an/>

Überbelegung der Unterkünfte für Geflüchtete in Bremen: Die Erstaufnahmeeinrichtungen in Bremen sind regelhaft überbelegt, teilweise auch unter Verletzung der mit dem Gesundheitsressort aufgrund der Corona-Pandemie festgelegten Belegungsobergrenzen. Dies haben wir in der Sozialdeputation sowie mehrfach öffentlich thematisiert.

Umverteilung gemäß § 15 a AufenthG: Die Umverteilungspraxis hat sich 2021 verschärft seit die ZAST (Zentrale Aufnahmestelle) der Sozialbehörde in dem aufenthaltsrechtlichen Verfahren federführend ist. Zunehmend werden zwingende Gründe zum Verbleib in Bremen (wie familiäre Bindungen, gesundheitliche Vollstreckungshindernisse) nicht mehr berücksichtigt oder gar missachtet. In mehreren Fällen wurden sogar deutsche Staatsangehörige rechtswidrig mit ihrem Elternteil umverteilt. Gegen diese rechtswidrigen Praktiken gehen wir rechtlich und öffentlichkeitswirksam vor.

Beratungsprojekt STAY

Das Beratungsprojekt „STAY – Schutzbedarfe (weiter) berücksichtigen!“ wurde als Folgeprojekt auch in 2021 erfolgreich fortgeführt (Projektende: 31.03.2022). In den zurückliegenden vier Jahren wurden über 1.000 Menschen beraten und über 3.500 Beratungsgespräche durchgeführt. Durch den hohen Bekanntheitsgrad in den unterschiedlichen Communities konnte der Flüchtlingsrat mit seinem Beratungsprojekt dem anhaltenden Bedarf von Betroffenen, Unterstützer*innen sowie Multiplikator*innen gerecht werden.

Durch die Beratungstätigkeit entstanden Kontakte zu einer Vielzahl an Multiplikator*innen im migrationspolitischen Feld sowie zu zivilgesellschaftlichen Unterstützer*innen und fachverwandten Organisationen. Diese wurden über die auch in 2021 im Projekt auftauchenden Themen informiert und ggf. weitergebildet, wie z.B.

- Geltendmachung von zwingenden Gründen des Verbleibs im Umverteilungsverfahren gemäß § 15a AufenthG
- Unzulässigkeit von Leistungskürzungen gemäß § 3a AsylbLG
- Härtefallanliegen in Bremen
- Verweigerte Ausstellung von Geburtsbeurkundungen
- Sog. rechtsmissbräuchliche Vaterschaftsanerkennung nach § 1597a BGB/§ 85a AufenthG

Medienarbeit

Der Bekanntheitsgrad und die öffentliche Wahrnehmung des Flüchtlingsrates ist 2021 insbesondere durch die o.g. Kampagnen sowie die Veröffentlichung von insgesamt 18 Pressemitteilungen zu unterschiedlichen Themenkomplexen weiter konstant geblieben. Die Positionen des Flüchtlingsrates wurden vielfältig in Medienveröffentlichungen rezipiert und aufgenommen. Siehe hierzu: <https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/pressespiegel-2/>

Seit 2021 ist der Flüchtlingsrat auch verstärkt in den Sozialen Medien präsent, insbesondere auf Facebook und Instagram.

Förderverein Flüchtlingsrat Bremen e.V.

Für den Förderverein Flüchtlingsrat Bremen e.V. haben wir sowohl neue Fördermitglieder als auch aktive Vereinsmitglieder gewinnen sowie viele Spenden eintreiben können. Der in 2020 komplett neu gewählte Vereinsvorstand wurde in seiner Arbeit vollumfänglich bestätigt.

Das Team von angestellten Mitarbeitenden im Flüchtlingsrat bestand in 2021 aus drei Personen: Zwei Mitarbeitende im Beratungsprojekt STAY (in Teilzeit) sowie eine Mitarbeitende in der Geschäftsstelle für koordinierende Aufgaben im Förderverein (ebenfalls in Teilzeit).

Intern organisiert sich der Flüchtlingsrat Bremen über die regelmäßigen Arbeitstreffen der diversen Organe des Fördervereins und des Austausch- und Vernetzungsplenums, an dem neben Aktivist*innen vor allem Fachberater*innen anderer Träger teilnehmen. 2021 hat dieses Plenum pandemiebedingt nur sehr reduziert stattgefunden. Die Mehrheit der Beteiligten und Aktivist*innen im Flüchtlingsrat ist ehrenamtlich tätig, aber eng an die Arbeit in der Geschäftsstelle angebunden.

In 2021 konnten wir außerdem die komplette Umstellung unserer EDV auf das Betriebssystem LINUX erfolgreich abschließen.

Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Flüchtlingsrat ist über seine Mitglieder, Mitarbeitenden und engagierte Aktivist*innen mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen und rassismuskritischen Initiativen, Organisationen und Vereinen vernetzt, mit denen in 2021 fachlich-kollegialer Austausch stattfand – pandemiebedingt häufig im digitalen Format – bzw. telefonische Einzelfallberatung bei sich überschneidenden inhaltlichen Anliegen.

In 2021 hat der Flüchtlingsrat außerdem Demonstrationen oder Kundgebungen zu migrationspolitischen und rassismuskritischen Themen (mit-)organisiert und dort Redebeiträge gehalten. Ab März 2021 war der Flüchtlingsrat im „Bündnis in Erinnerung an Qosay“ aktiv, das sich anlässlich des im Rahmen eines Polizeieinsatzes zu Tode gekommenen 19-jährigen irakischen Staatsangehörigen Qosay Khalaf zusammenfand und gemeinsam mit der Familie und weiteren Betroffenen um die Aufklärung seiner Todesumstände kämpft. Qosay war als unbegleiteter Minderjähriger in das Bundesgebiet geflüchtet und lebte mit seiner Familie im nahegelegenen niedersächsischen Delmenhorst. Die junge migrantische Bevölkerung von Delmenhorst wird zudem kontinuierlich durch rassistische Polizeikontrollen schikaniert. Auch hier hat der Flüchtlingsrat Bremen empowernd und rechtlich den Betroffenen zur Seite gestanden.

Als Flüchtlingsrat sind wir Teil von Betroffenen-Bündnissen in Bremen, wie von „Together We Are Bremen“ (TWAB), einer Geflüchteten-Selbstorganisation, die sich bereits 2018 zur Durchsetzung ihrer Rechte zusammengefunden hat und seitdem kontinuierlich gemeinsame Aktionen durchführt sowie eine solidarische Unterstützungsstruktur (z.B. Housing) für Betroffene aufgebaut hat. <https://togetherwearebremen.org/>

Wo es sinnvoll erschien, wurden auch parteipolitische Akteur*innen, wie parlamentarische Referent*innen oder auch Fraktionsvorsitzende direkt angesprochen und fachliche Stellungnahmen und Positionen vorgebracht.

Es besteht darüber hinaus kontinuierliche und/oder fallbezogene Zusammenarbeit mit folgenden Akteur*innen:

- Bremen Solidarity Center (BreSoC) | <https://bresoc.org/>
- Verein für Rechtshilfe im Justizvollzug des Landes Bremen e.V.
- Medinetz Bremen und Flüchtlingsinitiative e.V. | <http://www.fluechtlingsinitiative-bremen.de/?q=medinetz>
- Psychosoziales Behandlungszentrum Refugio Bremen e.V. | <https://www.refugio-bremen.de/>
- Fluchtraum e.V. | <https://www.fluchtraum-bremen.de/>
- Bremer und Bremerhavener IntegrationsNetz – bin | <https://www.bin-bremen.de/>
- solidarisches Begleitungsprojekt ACOMPABRE | <http://acompabremen.blogspot.de/>
- soliport – Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt | <https://soliport.de/>
- Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt | <https://kopbremen.noblogs.org/>
- Zuflucht e.V. | <https://www.zuflucht-bremen.de/>
- Verschiedene Träger der Sozialen Arbeit in den Bereichen Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
- Asylberatungsstellen in Bremen

Gremienarbeit

Der Flüchtlingsrat Bremen ist Mitglied in folgenden Gremien:

- Bremer Härtefallkommission, seit Mitte 2019 als Vorsitz der HFK
- Bremer Rat für Integration
- Landesnetzwerk für Migration
- Begleitausschuss des ESF geförderten Arbeitsmarktprojekt „Bremer und Bremerhavener Integrationsnetz (BIN)“
- Begleitausschuss der „Partnerschaft für Demokratie“ Bremen
- „Ständiger Gast“ in der Sozialdeputation des Landes Bremen (mit Rede- und Fragerecht)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl
- Bundesweites Vernetzungstreffen der Landesflüchtlingsräte